



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Beobachtungsstelle für
gesellschaftspolitische
Entwicklungen in Europa



Online-Konferenz

COVID-19 überwinden – gemeinsam Perspektiven für starke Familien entwickeln

am 24. November 2020 in Berlin

Inhalt

Hintergrund: Familien sind die stabile Mitte der Gesellschaft	4
Zielsetzung: Gemeinsam Perspektiven für starke Familien entwickeln	5
Konferenzprogramm	7
Die Themen der Konferenz im Überblick	11
High Level Panel Beispiele guter Praxis: Wie Politik Familien in der Vereinbarkeit stärken und welchen Beitrag eine digitale Infrastruktur leisten kann	11
Fachpanel 1: Finanzielle Stabilität von Familien mit Kindern	11
Fachpanel 2: Reduzierung ungleicher Bildungschancen und unterstützende Infrastruktur	12
Fachpanel 3: Vereinbarkeit von Familie und Beruf	12
Fachpanel 4: Bekämpfung von häuslicher Gewalt	13
Ausblick mit Vertreterinnen und Vertretern des Ratspräsidentschaftstrios Deutschland, Portugal und Slowenien	13
Speaker	15

Hintergrund: Familien sind die stabile Mitte der Gesellschaft

Die COVID-19-Pandemie hat von Beginn an eindrücklich gezeigt, dass Familien die stabile Mitte der Gesellschaft sind. Viele Menschen haben sich in dieser Zeit besonders in der Familie gegenseitig unterstützt. Für einen Großteil der Familien war und ist diese Zeit wirtschaftlich und psychisch stark belastend. Für Kinder bedeutete die Schließung der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen den Verlust des Kontakts zu Freunden und Gleichaltrigen. Die Umstellung auf Homeschooling brachte große Herausforderungen beim Lernen sowohl für die Kinder als auch für deren Eltern mit sich. Für einen Teil der Eltern ergaben sich zudem in dieser Zeit große Probleme mit Blick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Durch die COVID-19-Pandemie müssen viele Familien, trotz der in den meisten europäischen Staaten kurzfristig implementierten finanziellen Sofortmaßnahmen, mit weniger finanziellen Mitteln zurechtkommen: Zum Teil mussten Eltern Kurzarbeitergeld beziehen, einige verloren ihre Jobs. Die Unsicherheit über die eigene berufliche Zukunft ist ein zusätzlicher Belastungsfaktor für viele Eltern.

Besonders Familien, die bereits vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie in schwierigen Situationen waren, spüren die Folgen der Pandemie und den Wegfall unterstützender Strukturen umso härter: So vor allem Familien mit kleinen Einkommen, Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Familien mit Migrationshintergrund und Familien mit Kindern mit Behinderungen.

Es besteht die Gefahr, dass sich soziale Ungleichheiten, besonders auch mit Blick auf Bildung, durch die COVID-19-Pandemie weiter verstärken. Erste Studien weisen darauf hin, dass sich durch den

unterschiedlichen Zugang zu digitaler Technik und fehlende Unterstützung für das Lernen zu Hause die soziale Ungleichheit weiter verstärkt hat.

Eine weitere zu beobachtende Entwicklung ist die Gewalt gegen Kinder in Zeiten von Ausgangssperren, Kontaktbeschränkungen und Isolation in den eigenen vier Wänden.

Die unterschiedlichen politischen Maßnahmen zur Eindämmung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf Familien mit Kindern in Europa zeigen, dass die EU-Mitgliedstaaten mit unterschiedlichen Ansätzen auf dieselben Herausforderungen reagieren. Mitunter scheint sich dies auf unterschiedliche Ausgangslagen der Staaten in Vor-COVID-19-Zeiten zurückführen zu lassen, vor allem im Bereich der Familienpolitik und bei der Digitalisierung.

Zielsetzung: Gemeinsam Perspektiven für starke Familien entwickeln

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) rückt im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, in Zusammenarbeit mit der Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa, die Unterstützung von Familien während der Pandemie durch die internationale Online-Konferenz „COVID-19 überwinden – gemeinsam Perspektiven für starke Familien entwickeln“ in den Fokus. Dabei hat das BMFSFJ im Blick, dass die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie für viele Familien und Kinder besonders belastend waren – und weiter sind.

Gemeinsam, unter anderem mit Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Kommission und der EU-Mitgliedstaaten sowie mit Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sollen aktuelle Herausforderungen während der COVID-19-Pandemie sowie mögliche Lösungsansätze diskutiert werden, um gemeinsam Perspektiven für starke Familien zu entwickeln.

In vier Fachpanels werden neben der Frage nach der Nachhaltigkeit der Maßnahmen, zentrale Fragen in den Bereichen finanzielle Stabilität von Familien, gleiche Bildungschancen für alle Kinder, bessere

Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Bekämpfung von häuslicher Gewalt behandelt.

Zudem diskutieren in zwei politisch hochrangig besetzten Panels Vertreterinnen und Vertreter der EU-Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission, welche Lehren aus nationalen Beispielen guter Praxis für Familien und Kinder in Zeiten von COVID-19 gezogen werden können und wie die Stärkung von Kindern und Familien in Europa durch die Zusammenarbeit innerhalb der Trio-Ratspräsidentschaft fortgesetzt werden kann.

Konferenzprogramm

Konferenzprogramm

09.00 – 10.00

Online check-in

10.00 – 10.10

Begrüßung durch die Moderatorin

Dr. Nicola Brandt

Leiterin des OECD Berlin Centre

10.10 – 10.25

Begrüßung und Vortrag

Franziska Giffey

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

10.25 – 10.40

Grußwort

Dubravka Šuica

Vizepräsidentin für Demokratie und Demografie der EU-Kommission

10.40 – 11.20

Podiumsdiskussion

Franziska Giffey

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Nicolas Schmit

EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte

Krista Kiuru

Ministerin für Familie und Soziale Dienste, Finnland

Adrien Taquet

Staatssekretär für Kinder und Familien beim Minister für Solidarität und Gesundheit, Frankreich

Georg Graf Waldersee

Vorsitzender des Vorstands, UNICEF Deutschland

Prof. Michael O'Flaherty

Direktor der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte

Moderation: Dr. Nicola Brandt

11.20 – 11.45

Pause

11.45 – 13.15

Fachpanels mit der Möglichkeit virtueller Beteiligung:

Panel 1: Finanzielle Stabilität von Familien mit Kindern

Petra Mackroth

Leiterin der Abteilung Familie im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Dr. Dominic Richardson

Leiter Sozial- und Wirtschaftspolitik, UNICEF Innocenti Research Centre

Leitung: Andreas Heimer

Direktor der Prognos AG

Panel 2: Reduzierung ungleicher Bildungschancen und unterstützende Infrastruktur

Prof. Hugh Frazer

Fachbereich für angewandte Sozialwissenschaften, Nationale Universität von Irland in Maynooth

Jana Hainsworth

Generalsekretärin, Eurochild

Mialy Dermish

Sekretariatsleiterin, SIRIUS Policy Network on Migrant Education

Leitung: Dr. Silke Borgstedt

Director Research & Consulting, SINUS-Institut

13.15 – 13.30

Pause

13.30 – 15.00

Fachpanels mit der Möglichkeit virtueller Beteiligung:

Panel 3: Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Dr. Monika Queisser

Leiterin der Abteilung Sozialpolitik, OECD

Prof. Dr. Miriam Beblo

Professorin für VWL, Universität Hamburg

Dr. David Juncke

Principal Familienpolitik & Vereinbarkeit, Prognos AG

Leitung: Dr. Hans-Peter Klös

Geschäftsführer und Leiter Wissenschaft am Institut der deutschen Wirtschaft (IW)

Konferenzprogramm

Panel 4: Bekämpfung häuslicher Gewalt

Prof. Dr. phil. Jörg Maywald

Geschäftsführer Deutsche Liga für das Kind

Dr. Cara Ebert

Stellvertretende Leiterin des Berliner Büros,
RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

Dr. Astrid Podsiadlowski

Projektmanagerin – Rechte des Kindes,
Agentur der Europäischen Union für Grundrechte

Leitung: Prof. Dr. Janina Steinert

TUM School of Governance, Technische Universität München

15.00 – 15.30

Pause

15.30 – 16.10

Präsentation der Ergebnisse der Diskussionsrunden

16.10 – 16.40

Ausblick der Triopräsidentschaft

Juliane Seifert

Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend, Deutschland

Ana Sofia Antunes

Staatssekretärin für Inklusion von Menschen mit Behinderungen im
Ministerium für Arbeit, Solidarität und soziale Sicherung, Portugal

Cveto Uršič

Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales und Chancengleichheit,
Slowenien

Moderation: Dr. Nicola Brandt

16.40 – 16.45

Verabschiedung

Dr. Nicola Brandt

Die Themen der Konferenz im Überblick

Die Themen der Konferenz im Überblick

High Level Panel

Beispiele guter Praxis: Wie Politik Familien in der Vereinbarkeit stärken und welchen Beitrag eine digitale Infrastruktur leisten kann

Im Zentrum des Panels steht der Austausch über gute Beispiele nationaler Vereinbarkeitspolitik im Bereich der Familienpolitik und der Digitalisierung, hier vor allem im Bereich Erwerbsarbeit und Bildung. Dabei soll reflektiert werden, ob einzelne Staaten, die bereits vor COVID-19 vielfältige familienpolitische Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf (dazu zählen etwa: Kinderbetreuung, Ganztagschulen, Elternzeit- und Elterngeldregelungen, Arbeitszeitflexibilität, Homeoffice-regelungen) hatten beziehungsweise über eine gut ausgebauten digitale Infrastruktur verfügten, die

Herausforderungen durch die Pandemie für Kinder und Familien besser bewältigen konnten – und können.

Zentrale Fragen sind:

- Wie werden die nationalen Maßnahmen hinsichtlich ihrer Umsetzung und Wirksamkeit im Nachhinein beurteilt?
- Was ist auf europäischer beziehungsweise auf nationaler Ebene zukünftig zu tun, um Familien zu stärken?

Fachpanel 1: Finanzielle Stabilität von Familien mit Kindern

Durch die COVID-19-Pandemie sind Familien mitunter in finanzielle Notlagen geraten. So haben Eltern im Zuge der Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie zum Teil unbezahlten Urlaub nehmen müssen, in Kurzarbeit gearbeitet oder sogar gänzlich ihren Arbeitsplatz verloren. Um Familien von den finanziellen Auswirkungen der Pandemie zu entlasten, haben die EU-Mitgliedstaaten verschiedene Maßnahmen ergriffen.

So wurde in mehreren Ländern die Zahlung von einmaligen zusätzlichen Leistungen für Familien beschlossen. Teilweise wurden aber auch bestehende Leistungen angepasst, indem beispielsweise die Zahlung temporär erhöht oder deren Bezugsdauer verlängert, Antragsverfahren vereinfacht oder der Berechtigtenkreis ausgeweitet wurde.

Einige Staaten haben zudem verschiedene vorübergehende Leistungen speziell für sozial benachteiligte Familien beschlossen, um die finanziellen, aber auch die psychischen und sozialen Folgen der Pandemie für diese ohnehin belasteten Gruppen abzufedern.

Zentrale Fragen sind:

- Wurden Beantragungs- und Genehmigungsverfahren für Leistungen an die Bedingungen der COVID-19-Pandemie angepasst, beispielsweise durch Onlineverfahren, vereinfachte Beantragung oder schnellere Bearbeitung? Wenn ja, wie sahen diese Veränderungen aus?
- Wie wurden Informationen über (veränderte) Leistungen an die Familien weitergegeben?
- Gibt es bereits Erfahrungen beziehungsweise Daten zur Inanspruchnahme von Leistungen?

Fachpanel 2: Reduzierung ungleicher Bildungschancen und unterstützende Infrastruktur

Um die Ausbreitung von COVID-19 zu verlangsamen, wurden im Laufe des ersten Halbjahres 2020 in vielen EU-Mitgliedstaaten Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen für mehrere Monate geschlossen. Damit fiel von einem Tag auf den anderen für die Mehrzahl der Kinder ihre gewohnte soziale Umgebung jenseits ihrer Familie weg.

Die Umstellung auf Homeschooling und digitales Lernen in den Schulen zeigte in vielen Staaten bereits vorhandene Defizite im Bereich der digitalen Bildung verstärkt auf. Dies betrifft das pädagogische Personal ebenso wie die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler. Es kam zu Ausfällen des Unterrichts und damit zu Einschränkungen bei der Bildung der Kinder, deren Konsequenzen bis heute nicht absehbar sind.

Schwierigkeiten beim Lernen entstanden insbesondere für Kinder aus Familien, die nicht über die pädagogischen und materiellen Ressourcen verfügen, um den Fernunterricht zu bewältigen. Auch Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder mit

Behinderungen hatten es im Fernunterricht besonders schwer. Erste Erhebungen aus unterschiedlichen Staaten bestätigen die Befürchtung, dass sich Bildungsungleichheiten über diese Zeit weiter verstärkt haben.

Zentrale Fragen sind:

- Sind die zur Reduzierung ungleicher Bildungschancen ergriffenen Maßnahmen nachhaltig, auch mit Blick auf die Zeit nach COVID-19?
- Welche Herausforderungen wurden mit der kurzfristig umzusetzenden Digitalisierung ersichtlich?
- Welche Kinder hatten Zugang zu Notbetreuung und wie wurde der Wegfall von Angeboten wie Schulmittagessen und Freizeitaktivitäten kompensiert?
- Gibt es Initiativen zur Verbesserung der digitalen Kompetenzen von Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern sowie sonstiger Betreuerinnen und Betreuer von Kindern?

Fachpanel 3: Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die COVID-19-Pandemie hat nicht nur den ökonomischen Druck auf Familien erhöht. Mit den Schließungen von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen beziehungsweise deren eingeschränktem Betrieb hat sich auch das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter verschärft – teilweise war eine Vereinbarkeit sogar unmöglich. Bei einem Teil der Familien kam es zu einer traditionelleren Rollenverteilung, andere haben die Aufgaben partnerschaftlicher als zuvor lösen können. Insbesondere Alleinerziehende, Familien mit Kleinkindern oder auch Familien mit Kindern mit Behinderungen standen vor großen Vereinbarkeitsherausforderungen.

Viele Staaten haben Maßnahmen in Form von Freistellungen für arbeitende Eltern eingeführt oder ausgeweitet. Teilweise wurden flexible Arbeitszeiten oder die Möglichkeit von zu Hause aus zu arbeiten durch die Arbeitgeber ermöglicht. Der Anteil von Eltern, die im Homeoffice arbeiteten, stieg in allen EU-Mitgliedstaaten während der Pandemie stark an.

Zentrale Fragen sind:

- Inwiefern ermöglichen Maßnahmen eine partnerschaftliche Aufteilung der Familien- und Erwerbsarbeit? Und hat sich eine partnerschaftliche Aufteilung als hilfreich bei der Überwindung der Pandemie erwiesen?
- Wie sind die Arbeitgeber mit dieser Situation umgegangen, wie haben sie Familien unterstützt?

Fachpanel 4: Bekämpfung von häuslicher Gewalt

Durch die mit Ausbruch der COVID-19-Pandemie einhergehenden Kontaktbeschränkungen und Ausgangssperren mussten Familien zu Hause bleiben und waren damit gezwungen über mehrere Wochen – in einigen Staaten auch Monate – teilweise auf engstem Raum zusammen zu bleiben. Damit stieg während der Pandemie das Risiko von Gewalt in der Familie, besonders gegen Frauen und Kinder. Mit der konstanten Nähe zwischen Opfer und Täter sowie mit dem fehlenden Kontakt zu Personen außerhalb der Familie wurde zusätzlich das Aufdecken von Gewaltvorfällen erschwert.

Der Zugang zu Beratungs- und Hilfsangeboten sowie zu Schutzunterkünften war aufgrund der Kontaktbeschränkungen zum Teil stark eingeschränkt. Durch die erhöhte Nachfrage nach Unterstützung waren und sind Anbieter von Beratungsangeboten überlastet. Die EU-Mitgliedstaaten ergriffen Maßnahmen, die das Angebot,

insbesondere auch digitale Angebote, von Beratungs- und Hilfsdiensten ausweiteten und bestehende Infrastruktur finanziell stärkten.

Zentrale Fragen sind:

- Welche Maßnahmen, die es bereits vor der COVID-19-Pandemie gab, haben sich bewährt?
- Welche Wege wurden gefunden, um die „aufsuchende Beratung“ und „aufmerksame Beobachtung“ (etwa durch Erzieherinnen und Erzieher) zu ersetzen und Betroffene auf Hilfsangebote aufmerksam zu machen?
- Sind die Maßnahmen nachhaltig, auch mit Blick auf die Zeit nach COVID-19?
- Wie kann die für Anfang 2021 von der Europäischen Kommission geplante Strategie für die Rechte des Kindes die Bekämpfung von häuslicher Gewalt unterstützen?

Ausblick mit Vertreterinnen und Vertretern des Ratspräsidentchaftstrios Deutschland, Portugal und Slowenien

Mit der für Anfang 2021 von der Europäischen Kommission angekündigten Strategie für die Rechte des Kindes und der als Ratsempfehlung geplanten europaweiten Kindergarantie, die den Zugang armutsbetroffener und sozial benachteiligter Kinder zu qualitativ hochwertigen Angeboten, beispielsweise in den Bereichen Bildung und Gesundheitsversorgung, ermöglichen soll, steht auf der europäischen Ebene die Stärkung von Kindern und deren Familien langfristig – und damit auch nach der Bewältigung der COVID-19-Pandemie – bereits im Fokus.

Damit Kinder und Familien in den EU-Mitgliedstaaten gut aus der Krise kommen und nachhaltig gestärkt werden, ist es wichtig, dass Deutschland

und die im Ratspräsidentchaftsvorsitz nachfolgenden Staaten Portugal und Slowenien diese beiden europäischen Initiativen konstruktiv begleiten und gemeinsame Prioritäten setzen.

Zentrale Fragen sind:

- Welche programmatischen Ziele verfolgt das Ratspräsidentchaftstrio in Bezug auf die Stärkung von Familien in der COVID-19-Pandemie und danach?
- Welche Ziele sind mit der Einführung einer Europäischen Kindergarantie und einer EU-Kinderrechtstrategie verbunden und welche weiteren Schritte sind geplant?

Speaker

Speaker

Ana Sofia Antunes

Staatssekretärin für Inklusion von Menschen mit Behinderungen im Ministerium für Arbeit, Solidarität und soziale Sicherung, Portugal

Seit 2015 ist Ana Sofia Antunes Staatssekretärin für die Inklusion von Menschen mit Behinderungen im Ministerium für Arbeit, Solidarität und soziale Sicherung. Sie wurde 2015 und 2019 in das portugiesische Parlament gewählt. Zuvor war sie Mitglied der portugiesischen Vereinigung für blinde und sehbehinderte Menschen (ACAPO). Zwischen 2013 und 2015 hatte sie die Position der Präsidentin der Nationalen Direktion der Vereinigung inne.

Prof. Dr. Miriam Beblo

Professorin für VWL, Universität Hamburg

Miriam Beblo ist Professorin für Volkswirtschaftslehre am Fachbereich Sozialökonomie der Universität Hamburg. Als angewandte Mikroökonomin forscht sie zu den Themen Arbeit, Familie, Gender und Migration. Andere berufliche Stationen waren die Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin, das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim und die Freie Universität (FU) Berlin.

Dr. Silke Borgstedt

Director Research & Consulting, SINUS-Institut

Silke Borgstedt ist Direktorin für Markt- und Sozialforschung am SINUS-Institut in Berlin. Seit fast vier Jahrzehnten erforscht das SINUS-Institut das Alltagsleben der Menschen, den soziokulturellen Wertewandel und die Struktur der Gesellschaft. Silke Borgstedt ist seit mehr als zehn Jahren als Projektleiterin für empirische Studien im Auftrag von Unternehmen und öffentlichen Institutionen tätig. Ihre Forschungsschwerpunkte sind: Familiensoziologie, Trendforschung, Digitale Gesellschaft, Alltagsästhetik und Migration.

Mialy Dermish

Sekretariatsleiterin, SIRIUS Policy Network on Migrant Education

Mialy Dermish ist Bildungsexpertin und arbeitete zuvor mit der Regionalvertretung des UNHCR bei der Europäischen Union in Brüssel zusammen. Sie war Vorschullehrerin in Hongkong, unterrichtete Englisch als Fremdsprache für Migrantinnen und Migranten in London, führte Forschungs- und Advocacy-Kampagnen durch und gründete ihre eigene gemeinnützige Organisation. Sie absolvierte ihren Master in internationaler Bildungspolitik an der Harvard Graduate School of Education (HGSE).

Speaker

Dr. Cara Ebert

Stellvertretende Leiterin des Berliner Büros, RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

Cara Ebert ist Wissenschaftlerin im Kompetenzbereich „Arbeitsmärkte, Bildung, Bevölkerung“ am RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung. Ihre Forschungsinteressen liegen in den Bereichen Familie, Gender und Humankapital mit einem Fokus auf Niedrigeinkommensländer.

Prof. Hugh Frazer

Fachbereich für angewandte Sozialwissenschaften, Nationale Universität von Irland in Maynooth

Hugh Frazer ist Lehrbeauftragter an der Maynooth Universität. Er ist spezialisiert auf die Themen Armut, soziale Ausgrenzung, Gemeindeentwicklung und europäische Sozialpolitik. Er ist ehemaliger Direktor der „Combat Poverty Agency“ der irischen Regierung und unabhängiger Studienleiter und Teil des Gründerteams von Expertinnen und Experten der Machbarkeitsstudie der EU Kindergarantie.

Franziska Giffey

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Seit März 2018 ist Franziska Giffey Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Zuvor war sie unter anderem Bezirksbürgermeisterin von Berlin-Neukölln. Neben einem Abschluss als Diplom-Verwaltungswirtin erwarb Franziska Giffey einen Master of Arts für Europäisches Management.

Jana Hainsworth

Generalsekretärin, Eurochild

Jana Hainsworth ist Generalsekretärin von Eurochild und beaufsichtigt das Tagesgeschäft sowie die strategische Entwicklung des Netzwerks. Eurochild umfasst etwa 200 Mitgliedsorganisationen und Personen, die in ganz Europa mit und für Kinder arbeiten. Eurochild setzt sich für eine Gesellschaft ein, in der die Rechte von Kindern, auf Basis der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen, respektiert werden. Eurochild war Teil des Gründerteams von Expertinnen und Experten der Machbarkeitsstudie für die EU Kindergarantie.

Andreas Heimer

Direktor der Prognos AG

Andreas Heimer ist Direktor der Prognos AG und befasst sich schwerpunktmäßig mit Fragen der Familien- und Sozialpolitik sowie des zivilgesellschaftlichen Engagements und der Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Er verfügt über umfangreiche Erfahrungen mit Machbarkeitsstudien, der formativen und ex-post Evaluation von Modellvorhaben und Förderprogrammen.

Dr. David Juncke

Principal, Familienpolitik & Vereinbarkeit, Prognos AG

David Juncke gehörte zum Gründungsteam des Forschungszentrums Familienbewusste Personalpolitik an der Universität Münster und befasst sich seit mehr als 15 Jahren mit familienpolitischen Fragestellungen. Der Politologe leitete in diesem Kontext zahlreiche Projekte und nimmt dabei neben Bund, Ländern und Kommunen auch Unternehmen als familienpolitische Akteure in den Fokus.

Speaker

Krista Kiuru

Ministerin für Familie und Soziale Dienste, Finnland

Seit 2011 ist Krista Kiuru Ministerin in der finnischen Regierung, zunächst für Wohnen und Kommunikation sowie Bildung und Kommunikation. Seit 2019 ist sie Ministerin für Familien und Soziale Dienste.

Dr. Hans-Peter Klös

Geschäftsführer und Leiter Wissenschaft am Institut der deutschen Wirtschaft (IW)

Hans-Peter Klös absolvierte ein Studium der Volkswirtschaftslehre und promovierte an der Universität Marburg. Seit 1988 ist er am Institut der deutschen Wirtschaft, seit 2014 Geschäftsführer und Leiter Wissenschaft. Die Forschungs- und Publikationsschwerpunkte umfassen insbesondere die Themen Innovation, Digitalisierung, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik sowie Demografie und Familienökonomik.

Petra Mackroth

Leiterin der Abteilung Familie im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Petra Mackroth kam 2002 als Leiterin der Leitungsgruppe und des Ministerbüros in das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, seit 2014 ist sie Leiterin der Abteilung Familie. Sie machte eine Ausbildung zur Dokumentarin und absolvierte ein Studium zur Diplomsoziologin in Frankfurt am Main. Petra Mackroth war als Referentin in der Jugendbildung tätig und wechselte 1988 als Referentin für Demografischen Wandel, Neues Alter und Familienpolitik zum SPD-Parteivorstand.

Prof. Dr. phil. Jörg Maywald

Geschäftsführer Deutsche Liga für das Kind

Jörg Maywald ist Geschäftsführer der Deutschen Liga für das Kind, Honorarprofessor für Kinderrechte und Kinderschutz an der Fachhochschule Potsdam und Sprecher der National Coalition Deutschland – Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention.

Prof. Michael O’Flaherty

Direktor der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte

Michael O’Flaherty ist Direktor der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte. Zuvor war Michael O’Flaherty Professor auf Lebenszeit für Menschenrechtsnormen und Direktor des irischen Menschenrechtszentrums der National University of Ireland in Galway. Er war Präsident der Menschenrechtskommission von Nordirland.

Dr. Astrid Podsiadlowski

Projektmanagerin – Rechte des Kindes, Agentur der Europäischen Union für Grundrechte

Als Projektmanagerin ist Astrid Podsiadlowski unter anderem in folgenden Bereichen tätig: Diskriminierung und soziale Ungleichheiten, Migration und Integration sowie Forschungsmethoden. Zuvor leitete sie akademische Forschungs- und Lehraufträge in Europa sowie in Neuseeland und den USA und war Projektleiterin mehrerer internationaler Forschungsprojekte.

Speaker

Dr. Monika Queisser

Leiterin der Abteilung Sozialpolitik, OECD

Monika Queisser leitet die Abteilung Sozialpolitik der OECD in Paris, in der sie die Arbeit zu sozialer Sicherung, Sozialindikatoren, Renten, sozialer Wohnungspolitik, Familie und LGBTI-Politik verantwortet und koordiniert. Von 1993 bis 1997 war Monika Queisser bei der Weltbank in Washington beschäftigt.

Dr. Dominic Richardson

Leiter, Abteilung für Sozial- und Wirtschaftspolitik, UNICEF Innocenti Research Centre

Dominic Richardson leitet die Abteilung für Sozialpolitik und Wirtschaftsanalyse im Forschungsbüro UNICEF Innocenti Research Centre. Zuvor arbeitete er gemeinsam mit der Abteilung für Sozialpolitik der OECD an verschiedenen Studien zum Thema Kinderwohl, Evaluierung von Familienpolitik, Anerkennung von Sozial- und Pflegeberufen und „Social Impact Investment“. Er hat mehrere Berichte zum Thema Kinder und Familien vor und während der COVID-19-Pandemie geleitet oder mitverfasst.

Nicolas Schmit

EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte

Nicolas Schmit ist seit Dezember 2019 EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte. Zu seinen Aufgaben gehören die Stärkung der sozialen Dimension der EU, Arbeitsbedingungen und die Umsetzung der Säule sozialer Rechte einschließlich der Entwicklung einer europäischen Kindergarantie zur Bekämpfung der Armut und Sicherung der Grundversorgung von Kindern. Zuvor war er für kurze Zeit Mitglied des Europäischen Parlaments, gefolgt von mehreren Jahren als luxemburgischer Minister für Arbeit.

Juliane Seifert

Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Deutschland

Juliane Seifert ist seit März 2018 Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Von 2016 bis 2017 war sie Bundesgeschäftsführerin der SPD. Zuvor hat sie unter anderem in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz und in zwei Bundesministerien gearbeitet. Sie studierte Geschichte in Berlin, Düsseldorf und Florenz und hat den deutsch-französischen Studiengang „Master of European Governance and Administration“ in Paris und Potsdam absolviert.

Prof. Dr. Janina Steinert

TUM School of Governance, Technische Universität München

Im Jahr 2020 wurde Janina Steinert auf die Professur „Global Health“ an die TUM School of Governance berufen. Sie forscht in den Bereichen der globalen Gesundheit und Entwicklungsökonomie. Schwerpunkte sind hierbei die Wechselwirkung zwischen Krankheit und Armut, Prävention von häuslicher Gewalt und HIV/AIDS sowie ethische Herausforderungen in der Entwicklungsforschung.

Dubravka Šuica

Vizepräsidentin für Demokratie und Demografie der EU-Kommission

Seit Dezember 2019 ist Dubravka Šuica Vizepräsidentin für Demokratie und Demografie der Europäischen Kommission. Die kroatische Politikerin stammt aus der Stadt Dubrovnik und war dort die erste Frau im Amt der Bürgermeisterin. Von 2013 bis 2019 war sie Mitglied des Europäischen Parlaments.

Speaker

Adrien Taquet

Staatssekretär für Kinder und Familien beim Minister für Solidarität und Gesundheit, Frankreich

2017 wurde Adrien Taquet als Abgeordneter in die Nationalversammlung gewählt und befasst sich als Mitglied des Sozialausschusses mit Sozial-, Gesundheits- und Bildungsfragen. 2020 wurde Adrien Taquet zum Staatssekretär für Kinder und Familien beim Minister für Solidarität und Gesundheit ernannt. Zuvor war er als Staatssekretär im selben Ministerium zuständig für die Umsetzung der Strategie zum Schutz von Kindern.

Cveto Uršič

Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Familie, Soziales und Chancengleichheit, Slowenien

Seit 2019 ist Cveto Uršič Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Familie, Soziales und Chancengleichheit in Slowenien. Von Januar 2018 bis März 2019 war er bei der Caritas Slowenien als Generalsekretär tätig, zuvor in der Direktion für Menschen mit Behinderung im selbigen Ministerium. Von 2008 bis 2010 wurde er in den UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen gewählt. Er war auch Mitglied verschiedener Ausschüsse im Europarat und in der Europäischen Union.

Georg Graf Waldersee

Vorsitzender des Vorstands, UNICEF Deutschland

Georg Graf Waldersee war über viele Jahre Mitglied in den internationalen Führungsgremien von Arthur Andersen und EY (früher Ernst & Young) und ist heute Chairman des Boards der deutschen Organisation von EY und im Aufsichtsrat verschiedener anderer Unternehmen. Seit 2016 arbeitet Georg Graf Waldersee im ehrenamtlichen Vorstand von UNICEF Deutschland.

Moderation

Dr. Nicola Brandt

Leiterin des OECD Berlin Centre

Seit Oktober 2019 leitet Nicola Brandt das OECD Berlin Centre. Die promovierte Volkswirtin hat über viele Jahre hinweg Regierungen in der Ausgestaltung ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik beraten und verantwortete unter anderem die OECD-Wirtschaftsberichte für Mexiko, Chile, Frankreich und Polen.

Impressum

Diese PDF ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Referat Öffentlichkeitsarbeit
11018 Berlin
www.bmfsfj.de



Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 030 20 179 130
Montag–Donnerstag: 9–18 Uhr
Fax: 030 18 555-4400
E-Mail: info@bmfsfj.service.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115*

Stand: November 2020

Gestaltung: www.zweiband.de

* Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche Behördenrufnummer 115 zur Verfügung. In den teilnehmenden Regionen erreichen Sie die 115 von Montag bis Freitag zwischen 8 und 18 Uhr. Die 115 ist sowohl aus dem Festnetz als auch aus vielen Mobilfunknetzen zum Ortstarif und damit kostenlos über Flatrates erreichbar. Gehörlose haben die Möglichkeit, über die SIP-Adresse 115@gebaerdentelefon.d115.de Informationen zu erhalten. Angaben dazu, ob in Ihrer Region die 115 erreichbar ist, und weitere Informationen zur einheitlichen Behördenrufnummer finden Sie unter <http://www.d115.de>.

